

mer «unvernünftige» Forderungen stellen. Wenn diese Unternehmer das Maß ihrer Ausbeutung beschränken würden, gäbe es nach dem DGB-Vorsitzenden Freitag keinen Klassenkampf mehr.

Die rechten sozialdemokratischen Führer leugnen die Existenz des Klassenkampfes, um ihre Politik der „loyalen Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern“ zu begründen, wie das Freitag in seinem Neujahrsaufruf ausdrückt. Diese loyale Zusammenarbeit ist nichts anderes als die berüchtigte Arbeitsgemeinschaftspolitik, das heißt die Politik der Unterordnung der Interessen der Arbeiterklasse unter die Interessen des Monopolkapitals.

Unter Leugnung des vorhandenen unüberbrückbaren Klassengegensatzes hatten die rechten Gewerkschaftsführer eine Woche nach der November-Revolution 1918 die berüchtigte Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmerverbänden beschlossen. In der Vereinbarung hieß es: «Durchdrungen von der Erkenntnis und der Verantwortung, daß die Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und geistigen Kräfte und a l l s e i t i g e s, einträchtiges Zusammenarbeiten (gesperrt von W. B.) verlangt, schließen sich die Organisationen der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen.» Das Ergebnis war die Erhaltung der materiellen und politischen Macht des deutschen Imperialismus.

Unter Leugnung des Klassenkampfes setzte sich die rechte Sozialdemokratie 1924 für die Rationalisierung der deutschen Industrie ein. Das Ergebnis war ein bis zu dieser Zeit nicht gekannter Ausbeutungsgrad der Arbeiterklasse, die Festigung der ökonomischen Positionen des deutschen Konzernkapitals und in der Konsequenz die Vorbereitung eines neuen Weltkrieges des deutschen Imperialismus zur Eroberung der Weltherrschaft.

Es war eine völlige Leugnung des in der Periode der Naziregierung verschärften Klassenkampfes, wenn Otto Wels im Auftrage der SPD-Fraktion im Hitler-Reichstag am 25 März 1933 die berüchtigte Erklärung abgab. „Der außen-

politischen Forderung deutscher Gleichberechtigung, die der Herr Reichskanzler erhoben hat, stimmen wir um so nachdrücklicher zu, als wir sie bereits von jeher grundsätzlich verfochten haben.“ Otto Wels ließ also den Gedanken zu, daß die Hitlerregierung eine Außenpolitik treiben könnte, die den nationalen und sozialen Interessen des deutschen Volkes entsprechen würde. Dabei hatte das Hitlerregime zur gleichen Zeit bereits im Interesse des deutschen Monopolkapitals hunderte Arbeiter ermorden lassen und viele tausende in Gefängnisse und Konzentrationslager gesteckt.

Den schändlichen Massenbetrug der angeblichen Übereinstimmung der Interessen der Konzernherren mit den Interessen der Arbeiterklasse und des schaffenden Volkes wiederholten die rechten Sozialdemokraten unter Schumacher, Böckler und Fette nach 1945. Vom „Sozialismus als Tagesaufgabe“ faselte Dr. Schumacher und verhinderte gleichzeitig die Wiederherstellung einer einheitlichen sozialistischen Arbeiterbewegung als entscheidende Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus.

Die rechte sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführung ist jedoch nur solange in der Lage, ihre fortwährende Politik des sozialen und nationalen Verrats durchzuführen, als die Arbeiterschaft nicht zum Bewußtsein ihrer wahren Klassenlage gekommen ist. Der Arbeiterklasse in Westdeutschland das Bewußtsein ihrer Klassenlage zu geben, sie von der historischen Rolle des Klassenkampfes, des Kampfes der Arbeiterklasse um ihre soziale und nationale Befreiung zu überzeugen, ist die Aufgabe der KPD, in der ihr die SED tatkräftige Unterstützung gewähren muß.

Das gründliche Studium des Manifestes der Kommunistischen Partei gewährt uns eine außerordentliche Hilfe, um der Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin klarzumachen: unter der Herrschaft des Monopolkapitals gibt es nur Unfreiheit, Rechtlosigkeit, verschärfte Ausbeutung und immer wiederkehrende Versuche, die Widersprüche im kapitalistischen Lager mit Hilfe eines neuen Krieges zu über-

